Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5263

28. 05. 76

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 2. Juni 1976
am Donnerstag, dem 3. Juni 1976

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung bisher über die gerichtliche Praxis des Miethöhengesetzes im Bundesgebiet — insbesondere in Hamburg (vgl. dazu „Die Zeit" vom 21. Mai 1976 über die Rechtsprechung zum Miethöhengesetz) — vor, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß durch entsprechende gesetzliche Regelungen Legekäfige für Hühner, die bekanntlich von den Tierschutzverbänden wegen Tierquälerei abgelehnt werden, verboten werden sollten, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

3. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat die italienische Bardepotregelung auf die Preisgestaltung deutscher Agrarprodukte vor allem im süddeutschen Raum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

4. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Gedenkt die Bundesregierung, zukünftig die Einsätze von Methanol, als umweltfreundlich und die Rohstoffbasis für die Herstellung von Vergaserstoffen verbreiternde Komponente, zu unterstützen und daher die Kraftfahrzeughersteller zu veranlassen, bei allen — und nicht nur bei einigen — Fahrzeugtypen, wie in früheren Jahren üblich, wo technisch notwendig, methanolresistente Elastomeren (Gummi- und Kunststoffteile) einzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Auf welchen Erkenntnissen beruht die Auskunft der Bundesregierung in ihrer Antwort vom 22. März 1976 (Drucksache 7/4920, zu Frage 6), der von den Versorgungsempfängern selbst zu tragende Anteil an den steigenden Krankheits- bzw. Krankenversicherungskosten werde im allgemeinen als zumutbar angesehen?

6. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Welche Belastung, in festen Beträgen oder als Vomhundertsatz der Brutto- oder Nettoversorgungsbezüge, sieht die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts als zumutbar an, und besitzt sie Unterlagen darüber, ob diese zumutbare Belastung auch nach dem enormen Anstieg der Krankheits- und Krankenversicherungskosten, vor allem für ältere Menschen, noch eingehalten wird?

7. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß einerseits nach der Antwort der Bundesregierung vom 22. März 1976 (Drucksache 7/4920, zu Frage 3 a) der Bund an Krankheitsbeihilfen je Versorgungsempfänger nur rund 800 DM im Jahr aufgewendet hat, während andererseits in der Krankenversicherung der Rentner mit durchschnittlichen Aufwendungen von etwa 2500 DM im Jahr gerechnet wird, die teils von den Rentenversicherungsträgern, teils von der Solidargemeinschaft der Krankenversicherten aufgebracht werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

8. Abgeordneter **Volmer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß auch für Versorgungsempfänger Krankheitskosten in der durchschnittlichen Größenordnung von 2500 DM im Jahr entstehen, und wenn ja, wird sie die Beteiligung des Dienstherrn mit dem Ziel ihrer Erhöhung überprüfen?

9. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung das Aufkommen der pauschalierten Abwasserabgabe durch die Bevölkerung im ländlichen Raum, und wieviel Investitionen für Kläranlagen etc. werden nach Meinung der Bundesregierung im ländlichen Raum durch die Abwasserabgabe finanziert?

10. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Welche finanziellen Leistungen hat der Bund für die Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder seit 1971 jährlich insgesamt sowie für Bayern im besonderen erbracht, und wie ist dieser Beitrag zur Verbesserung der inneren Sicherheit zu bewerten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

11. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß US-Dienststellen in Deutschland (bei AAFES Europe) vorübergehend vakant gewordene Positionen, die bisher von deutschen Arbeitnehmern besetzt waren, mit US-Bürgern besetzt oder — falls letzteres nicht möglich ist — aus dem Stellenplan streicht und unter anderer Bezeichnung als US-Positionen zugunsten amerikanischer Staatsbürger wieder in den Stellenplan aufnimmt, nachdem der frühere deutsche Stelleninhaber versetzt oder entlassen wurde, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die vorgenannte Handhabung als Umgehung der Bestimmungen des NATO-Statuts, und gedenkt sie gegebenenfalls einer solchen Umgehung entgegenzuwirken?

12. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Haben sich die Steuerexperten der Bundesregierung — wie vom Parlamentarischen Statssekretär Haehser in der Fragestunde am 10. März 1976 angekündigt — erneut mit der steuerlichen Ungleichbehandlung von Direktversicherungen des Arbeitnehmerehegatten gegenüber Direktversicherungen zugunsten anderer Arbeitnehmer befaßt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

13. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 29. Januar 1976 — IV R 42/73 — hinsichtlich der steuerlichen Anerkennung von Direktversicherungen des Arbeitnehmerehegatten auch bei Bezugsberechtigung des Arbeitgeberehegatten oder der Kinder für den Fall des vorzeitigen Todes des Arbeitnehmerehegatten zu ziehen?

14. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, wonach die Landesbank Rheinland-Pfalz, Girozentrale, Mainz, Wertpapiere zu einem Zeitpunkt ins Ausland verbracht und verkauft hat bzw. verkaufen ließ, als zur Abwehr gegen steigenden Zustrom von unerwünschtem Auslandsgeld der Verkauf deutscher festverzinslicher Wertpapiere an Ausländer einem Genehmigungszwang unterworfen war, und wenn ja, hat diese Landesbank in diesem Zusammenhang gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen, und welche Konsequenzen haben die Aufsichtsbehörden gezogen?

15. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

In welcher Höhe sind der Landesbank von Rheinland-Pfalz Genehmigungen zum Verkauf festverzinslicher Wertpapiere an Ausländer gem. § 23 Außenwirtschaftsgesetz in der Zeit der Genehmigungspflicht (1972 bis 1974) erteilt worden, und in welchem Ausmaß hat diese Bank in dieser Zeit tatsächlich entsprechende Geschäfte getätigt?

16. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die von ihr geplante Mehrwertsteuererhöhung plangemäß verwirklichen, oder besteht die Möglichkeit, daß die Bundesregierung in Anbetracht des zunehmenden Wahlkampfes ankündigt, von der Mehrwertsteuer abzusehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

17. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Verordnung über die Stufenausbildung in der Bauwirtschaft vom 1. Juli 1974 angesichts der zur Zeit herrschenden Jugendarbeitslosigkeit und der Notwendigkeit einer Reform der beruflichen Bildung noch in die heutige bildungspolitische Landschaft paßt, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

18. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Verordnung über die Stufenausbildung in der Bauwirtschaft vom 1. Juli 1974 insbesondere im Bereich der betrieblichen Ausbildungsphase heute noch praktikabel ist und die Effizienz der Ausbildung im betrieblichen Bereich uneingeschränkt gewährleistet ist, und wenn nein, wann ist mit einer Änderung dieser Verordnung zu rechnen?

19. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß 1975 in der Bundesrepublik Deutschland die ausländischen Investitionen um fast 44% gesunken sind, die deutschen Investitionen im Ausland dagegen um 15% gestiegen sind, und worin hat dies — bejahendenfalls — seine Ursache?

20. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Welche Wirkungen wird das gegenwärtige und zu erwartende Kostenniveau in der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu anderen Ländern auf die Wahl der Investitionsstandorte haben, und welche Faktoren sind in welchem Umfang für das gesamte Kostenniveau verantwortlich?

21. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Landeszentralbank in Berlin in ihrem Jahresbericht 1975 festgestellt hat, daß sich durch den wirtschaftlichen Abschwung des vergangenen Jahrs die Investitionslücke Berlins im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet weiter verschärft hat, und daß insgesamt das reale Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit in Berlin 1975 schlechter war als im Bundesdurchschnitt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese negative Entwicklung umzukehren und der Berliner Wirtschaft in ihrer politischen und geographischen Insellage zu helfen?

22. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, daß durch eine Änderung gesetzlicher Vorschriften verhindert bzw. erschwert werden kann, daß sogenannten „Strohmännern" die Konzession zur Eröffnung und Führung eines Gaststättenbetriebs erteilt wird und wenn ja, welche?

23. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, nachdem auch jüngste Besprechungen auf der Brüsseler Ebene im Zusammenhang mit Dumpingeinfuhren von Feinstrumpfhosen aus Italien gescheitert sind, zum Schutze der akut gefährdeten deutschen Feinstrumpfindustrie konkrete Maßnahmen gegen diese italienischen Dumpingeinfuhren zu unternehmen und wenn ja, welche?

24. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung außerdem bereit, angesichts italienischer Einfuhrpreise von 0,60 DM bis 0,70 DM, die nicht einmal die Materialkosten vergleichbarer deutscher Produkte ausmachen, und damit die deutsche Feinstrumpfindustrie und deren Arbeitsplätze akut gefährden, eine Kontingentierung und Mindestpreisregelung ins Auge zu fassen?

25. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie viele Unternehmen der Bau- und Wohnungswirtschaft sind im Jahr 1975 jeweils mit welchen finanziellen Auswirkungen und zu wessen Lasten in Konkurs geraten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

26. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die beabsichtigte Bereitstellung von zwei Panzern, einem Hubschrauber und einigen anderen Fahrzeugen durch die Bundeswehr für eine von der Reservekameradschaft Unterschwaningen geplante Waffenschau zum 1. Mai 1976 mit Waffenparaden des Ostblocks am gleichen Tag in keiner Weise verglichen werden kann, und wie läßt sich die Absage durch den Bundesverteidigungsminister angesichts der organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten für den Reservistenverband rechtfertigen?

27. Abgeordneter **Wiefel** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß durch den bedauerlichen Zusammenstoß einer Phantom mit einem Motorsegler im Raum Diepholz der mit der Neuordnung des Luftraums verbundene und mit dem Deutschen Aero-Club vereinbarte Großversuch nicht berührt wird?

28. Abgeordneter **Wiefel** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß dieser Vorfall Veranlassung gibt, den Plan zur Verbesserung des Fluginformationsdienstes beschleunigter durchzuführen und die Piloten der Luftwaffe dringlichst zu ermahnen, sich exakt an Vorschriften und Flugaufträge zu halten?

29. Abgeordneter **Marschall** (SPD)	Inwieweit trifft es zu, daß alle Bundeswehrangehörigen, die vor oder während der Dienstzeit im Zusammenhang mit Kriegsdienstverweigerung bekannt wurden, in den Akten des MAD geführt werden?
30. Abgeordneter **Marschall** (SPD)	Was beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls, um die dadurch erfolgende Diskriminierung der Inanspruchnahme eines Grundrechts auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

31. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß neuerdings fast alle Anträge auf Förderung von Begegnungen im Rahmen des deutsch-französischen Jugendwerks aus finanziellen Gründen gekürzt wenn nicht sogar abgelehnt werden, und wie hoch ist der hierdurch verursachte Rückgang der Aktivitäten im Rahmen des deutsch-französischen Jugendwerks?
32. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)	Ist ein Beamter, dem berechtigter Weise nachgesagt wird, seine Forderungen hätten eine Änderung der Gesellschaftsordnung in der Errichtung einer leninistischen Umprägung zur Folge unter dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht des Dienstherrn schutzbedürftig, und wenn ja, was wird die Bundesregierung auf Grund dieser Einschätzung hinsichtlich des Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes unternehmen?
33. Abgeordneter **Dr. Haenschke** (SPD)	Wann gedenkt die Bundesregierung die angekündigte Verordnung über die Begrenzung des Vinylchloridgehalts in Polyvinylchlorid zu erlassen, und welche Gründe stehen einer solchen Regelung angesichts der nachgewiesenen Carcinogenität und des Standes der Technik bei den deutschen PVC-Herstellern noch entgegen?
34. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung trotz Widerstand der Ärzteschaft daran fest, neue Zahlenwerte und Einheiten bei der Blutdruckmessung einzuführen, und nimmt sie die Verunsicherung von Ärzten und Patienten in Kauf?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

35. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)	Wie wird die Bundesregierung im Rahmen der kontinuierlichen Befragung zum Verkehrsverhalten, wie sie durch das Institut für Sozialforschung Brög in München für die Bundesregierung durchgeführt wird, in Zukunft garantieren, daß die Anonymität der Befragung gewährleistet wird?

36. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die kürzlich versandten Fragebogen dieses Instituts insoweit in der vorliegenden Form in den persönlichen Bereich der Bürger eingreifen, als hier erwartet wird, daß der befragte Bürger für einige Tage wahrheitsgemäß und genau jede Adresse nennt, die er in diesen Tagen aufsucht?

37. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, in ihrem Prospekt „Auto-Urlaub 1976" Deutschland so darzustellen, daß die DDR genau so gekennzeichnet wird wie Dänemark, Holland, Belgien und die anderen ausländischen Anrainer der Bundesrepublik Deutschland?

38. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)

Treffen Nachrichten zu, wonach die Deutsche Bundesbahn nach der für 1977 vorgesehenen Einstellung des Dampfbetriebs auf ihren Strekken auch Dampflokomotiven privater Eigentümer nicht mehr zulassen wird, und wenn ja, wäre es nicht angebracht, privaten Vereinigungen, die schon durch Jahre hin sich der betriebsfähigen Erhaltung von Dampflokomotiven annehmen, zumindest das Befahren einzelner Strecken der Deutschen Bundesbahn zu gestatten, da diese Vereinigungen aus privater Initiative der Bundesbahn die Aufgabe abnehmen, für die Erhaltung technisch-geschichtlicher Zeugnisse zu sorgen, soweit die Bundesbahn hierzu nicht in der Lage ist?

39. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)

Erwägt die Deutsche Bundesbahn, nach der Einstellung des Dampfbetriebs auf ihren Strecken wenigstens einige Dampflokomotiven trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten und Kosten betriebsbereit zu halten, da es sich — wie das Beispiel anderer europäischer Länder beweist — um durchaus erhaltenswerte Zeugen unserer Technikgeschichte handelt?

40. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung an Hand von statistischen Vergleichszahlen aller Oberpostdirektionen in der Bundesrepublik Deutschland mitteilen, ob der im Bereich der Oberpostdirektion Freiburg am Beispiel der Postämter Rastatt, Baden-Baden, Bühl und Achern festgestellte Anteil von rund 75% der weiblichen Angestellten und Arbeiter im Teilzeitarbeitsverhältnis unter 20 Wochenstunden mit der Folge fehlender Arbeitslosenversicherung repräsentativ ist für den bundesweiten Anteil der bei der Deutschen Bundespost beschäftigten Teilzeitarbeiterinnen und Angestellten?

41. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung im Hinblick auf die nicht versicherungspflichtige Teilzeitarbeit weiblicher Angestellter und Arbeiter Vorschläge unterbreiten, in welcher Weise — etwa durch bundesweite Aufstockung der Stunden-

zahl oder durch Änderung der Rechtsgrundlage im § 1228 RVO — für Arbeitseinkommen, die 1/8 der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung unterschreiten, in Verbindung mit der Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 24. Februar 1971, die diskriminierenden Wirkungen des fehlenden Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit und gegebenenfalls im Alter bei den betroffenen Frauen beseitigt werden können?

42. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost bei den Tarifermäßigungen der Fernschreib-Standleitungen freie Journalisten schlechter behandelt als Zeitungsverlage, und wenn ja, welche sachlichen Erwägungen veranlaßten sie dazu, und teilt die Bundesregierung die Meinung, daß damit Wettbewerbsverzerrungen entstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

43. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die DDR die Transit-Autobahn Berlin/Helmstedt lediglich mit einer neuen Oberdecke versieht, obwohl die Bundesrepublik Deutschland erhebliche Mittel für die Grunderneuerung dieser Autobahnstrecke bereitgestellt hat?

44. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die DDR zur Einhaltung der getroffenen Vereinbarung zu veranlassen?

45. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die im Bericht der „Quick" vom 22. April 1976 geschilderten physischen und psychischen Folterungen des deutschen Staatsbürgers Christian Schmidt in Gefängnissen des SED-Regimes in ungeheuerlichem Widerspruch zu den Verpflichtungen stehen, die das SED-Regime bei seinem Eintritt in die UNO und im Rahmen der KSZE-Dokumente eingegangen ist, und wird die Bundesregierung diesen Fall vor die UNO bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

46. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Grund des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie anderen Behinderten im Nahverkehr vom 27. August 1965 besondere Härten dadurch entstehen, daß Betroffene, die

im Nahverkehrsbereich Fernlinien benutzen müssen, weil entsprechende innerstädtische Linien nicht angeboten werden können, nicht in den Genuß einer Fahrpreisermäßigung kommen, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch gesetzliche Änderung eine Erleichterung auch für den Personenkreis zu schaffen, dem innerstädtische Linien nicht angeboten werden können?

47. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß — wie von dpa am 18. Mai 1976 gemeldet — der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung geäußert hat, der Bedarf an Arbeitskräften ermögliche bald eine neue Anwerbung, und wenn ja, wie vereinbart sich diese Aussage mit der Erklärung im Jahreswirtschaftsbericht 1976 der Bundesregierung, die wörtlich lautet: „Als wichtigste Voraussetzung des Abbaues konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit wird der Anwerbestopp — im Interesse der deutschen und der hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer — auch mittelfristig uneingeschränkt aufrecht erhalten"?

48. Abgeordneter **Löher** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um bei verbesserter Konjunktur das vorhandene und zu erwartende Arbeitskräftepotential der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Wohnbevölkerung im Sinne einer Eingliederung (Integration) auszuschöpfen, bevor zusätzliche ausländische Arbeitskräfte angeworben werden?

49. Abgeordneter **Flämig** (SPD)

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig — nachdem laut Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit in letzter Zeit sowohl die Zahl der männlichen als auch der jugendlichen Arbeitslosen rückläufig ist, wogegen die Zahl der arbeitslosen Frauen nicht zurückging, in einigen Arbeitsamtsbezirken sogar noch zunahm — um speziell im Bereich der arbeitslosen Frauen eine ähnlich positive Tendenz wie bei männlichen und jugendlichen Arbeitslosen herbeizuführen?

50. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Warum hat die Ausländerbeschäftigung — wie die am 21. Mai 1976 von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Zahlen ausweisen — trotz Anwerbestopp und trotz Anweisung, ein abgelaufenes Arbeitsverhältnis nicht zu verlängern, wenn der Arbeitsplatz mit einem Deutschen oder dem Angehörigen eines EG-Staates besetzt werden kann, nicht stärker abgenommen, obwohl etwa doppelt so viele ausländische Arbeitnehmer beschäftigt werden, wie es deutsche Arbeitslose gibt, und die ausländischen Arbeitnehmer überwiegend aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern stammen?

51. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung — notfalls durch eine entsprechende gesetzgeberische Initiative — eine Möglichkeit, daß Behinderte, die nach dem neuen Schwerbehindertenrecht einer AOK beitreten wollen, den Antrag auf Feststellung beim Versorgungsamt gestellt haben, aber durch noch nicht geprüfte und eingesandte Unterlagen den Behindertenausweis nach dem 30. Juni erst erhalten, trotz der Verspätung die Mitgliedschaft in der AOK erwerben können?

52. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, durch Erlaß dem Personenkreis, der vor dem 1. Juli 1976 einen Antrag auf Feststellung als Schwerbehinderter beim Versorgungsamt gestellt hat, bei dem aber das Amt die Entscheidung aus zeitlichen und Prüfungsgründen noch nicht fällen konnte, den Beitritt für über 65-jährige trotz der abgelaufenen Jahresfrist nach dem Gesetz zu einer AOK zu ermöglichen?

53. Abgeordneter **Freiherr Ostman von der Leye** (SPD)

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß für die Anrechnung von Ersatzzeiten nach Artikel 2 § 9 a Abs. 2 AnVNG eine selbständige Erwerbstätigkeit von wenigstens fünf Jahren auch im „Ausland" ausreicht, wie dies im Urteil des Sozialgerichts Berlin, AZ: S 17 An 1966/74, festgestellt wurde, und wenn ja, wird die Bundesregierung diese Auffassung dem zuständigen Versicherungsträger gegenüber zur Geltung bringen?

54. Abgeordneter **Freiherr Ostman von der Leye** (SPD)

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß es nicht gerechtfertigt ist, im Rahmen des Artikels 2 § 9 a AnVNG eine Ersatzzeitanrechnung abzulehnen, wenn der Nachversicherer kurz bevor eine fünfjährige selbständige Tätigkeit erreicht werden konnte, aus rassischen Gründen Deutschland verlassen mußte und daher eine selbständige Tätigkeit nur im Ausland fortführen konnte, und wenn ja, wird sie auch dieser Auffassung Geltung verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

55. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um zu erreichen, daß die Regierung der DDR ihre unter Verletzung der innerdeutschen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag verfügte Ausweisung des „Spiegel"-Korrespondenten Mettke aus Ost-Berlin endlich rückgängig macht, und wann ist gegebenenfalls mit einem Erfolg solcher Bemühungen zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

56. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Aus welchen Gründen weigert sich die Bundesregierung, mit der amerikanischen Regierung weiter wegen der Übergabe des Document Centers Berlin zu verhandeln?

57. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Wie beurteilen Bundeskanzler und Bundeskanzleramt die sowjetischen Äußerungen aus Anlaß des Deutschland- und Berlinbesuchs des amerikanischen Vizepräsidenten, die nicht nur die Bindungen zwischen dem Land Berlin und dem Bund leugnen, sondern sogar generell seine Bindungen an den Westen bestreiten, und wie begegnet die Bundesregierung der ständigen, hier in einen weiteren Bereich vorangetragenen, Infragestellung des Status von Berlin durch die Sowjetunion?

58. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die in der Empfehlung 275 der Westeuropäischen Union ausgedrückte Auffassung, daß im Rahmen einer bestehenden europäischen Organisation ein Europäisches Institut für Meereskunde geschaffen werden sollte, und in welcher Weise strebt sie gegebenenfalls die Verwirklichung dieses Vorhabens an?

59. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Trifft die Behauptung des ungarischen Ministerpräsidenten zu, gegenwärtig fänden Gespräche zwischen Bonn und Budapest auf Expertenebene über die „berechtigten Wiedergutmachungsforderungen" seines Landes statt, und welche Gespräche und Kontakte hat es in dieser Frage mit welchem Ergebnis bisher gegeben?

60. Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß mehrere hundert in der Sowjetunion lebende Deutsche die Bundesregierung dringend um Vermittlung bei ihren Bemühungen gebeten haben, in den freien Teil Deutschlands ausreisen zu können, und ist die Bundesregierung bereit, diese Bemühungen unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten zu unterstützen?

61. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß deutsche Staatsbürger, die Heimatvertriebene sind, in ihren Vertreibungsländern nicht im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland tätig sein dürfen?

62. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kandidatur eines Mitglieds der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bei der Neuwahl des italienischen Parlaments auf der kommunistischen Liste?

63. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, daß die Bundesregierung eine Namensliste von 583 in der Sowjetunion lebenden Rußland-Deutschen mit der dringlichen Bitte bekommen hat, bei der Regierung der UdSSR zum Zweck der Erteilung der wiederholt verweigerten Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik Deutschland vermittelnd einzuwirken, und wenn ja, wird die Bundesregierung dieser Bitte der Petenten entsprechen?

64. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der Erklärung der 583 Rußland-Deutschen, sie betrachteten sich nicht mehr als sowjetische Staatsbürger, eine Legitimation für eine Vermittlung in Moskau, besonders da sich unter den Petenten ja Personen befinden könnten, die während des Krieges als Ukraine-Deutsche oder Umsiedler in das Wartheland die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben?

65. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit der polnischen Regierung dafür einzutreten, daß die Aussiedlungswilligen, die wegen ihres Aussiedlungsantrages ihren Arbeitsplatz verloren haben oder schlechter eingestuft worden sind, Wiedergutmachung dadurch erfahren, daß sie entweder in die alte Position zurückkehren oder wieder einen Arbeitsplatz erhalten?

66. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die drei Berlin anfliegenden alliierten Luftfahrtgesellschaften seit Monaten einen sich ständig verschärfenden Kampfwettbewerb im Bereich des Charter- und Lufttouristikverkehrs miteinander und gegenüber anderen Anbietern führen, der im Augenblick in zunehmendem Maße zu Lasten der unbeteiligten und im Grunde einflußlosen Berliner Flugtouristen geht, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, sich hier schützend vor die Betroffenen zu stellen?

67. Abgeordneter **Zoglmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Veröffentlichung einstimmiger Ergebenheitsadressen der Deutschen in Rumänien an den rumänischen KP-Chef dazu dient, die Deutschen in Rumänien von der Beantragung der Ausreisegenehmigung abzuschrecken, und was unternimmt die Bundesregierung, um den Deutschen in Rumänien eine freie Entscheidung zu ermöglichen, ob sie im Land bleiben oder in den freien Teil Deutschlands übersiedeln wollen?

68. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Welche Auswirkungen verspricht sich die Bundesregierung von dem in Kürze zu unterzeichnenden deutsch-polnischen Kulturabkommen?

69. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten für die wissenschaftlich-kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland 1976/1977?

70. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung lediglich „erwarten", daß die Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten am deutsch-polnischen Kulturaustausch teilnehmen können, oder wird sie dies im Sinne ihrer grundgesetzlichen Pflicht zum aktiven Schutz für die Grundrechte Deutscher im Sinne der Menschenrechtspakte und der feierlichen Erklärungen von Helsinki im Kulturabkommen mit Polen auch eindeutig sicherstellen?

71. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

In welcher Weise soll nach Meinung der Bundesregierung sich die gleichwertige Teilnahme der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten am deutsch-polnischen Kulturaustausch im Einklang mit den Grund- und Menschenrechten gestalten, wenn ihnen dabei der Gebrauch der deutschen Muttersprache und der kulturellen Grundrechte als Deutsche nicht gesichert wäre (vgl. Anlage 24 zum Stenographischen Bericht vom 19. Mai 1975)?

72. Abgeordneter **Rainer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die von dem Sowjetsender RFF am 21. Mai 1976 in deutscher Sprache gemachten beleidigenden Äußerungen über eine deutsche Nationalstiftung im Hinblick auf die „Erklärung" der Sowjetregierung über eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, und hat sie zur Wahrung der nationalen Ehre den deutschen Botschafter in Moskau angewiesen, gegen diese Ausfälle zu protestieren?

73. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Pressemeldungen (WamS 23. Mai 1976) zu, nach denen das ZDF unter starkem Druck offizieller sowjetischer Stellen die Sendung eines bereits angekündigten Interviews mit dem ehemaligen tschechischen General Sejna zurückgestellt hat, in dem die Rolle des KGB-Spitzenagenten Udalzow beleuchtet wird, und was wird die Bundesregierung bejahendenfalls unternehmen, um sicherzustellen, daß die Informationsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland nicht durch derartige Praktiken totalitärer Staaten unter Verletzung der Vereinbarungen in der Schlußakte von Helsinki eingeschränkt wird?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Hat die Bundesregierung die wegen der Versetzung des Leiters des Goethe-Instituts in San Franzisco, Dr. Eugen Vetter, in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe geprüft, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

2. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Wieviel deutsche Arbeitnehmer werden bzw. waren bei internationalen Organisationen beschäftigt, und wie viele davon wurden durch die Bundesanstalt für Arbeit vermittelt, und wieviel Beschäftigungsverhältnisse kamen auf andere Weise zustande?

3. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Verbindet die polnische Seite mit dem Vorwurf, deutscherseits würde Polen gegenüber „keine aktive Kreditpolitik" betrieben, die Forderung nach zinsverbilligten Krediten, und wird die Bundesregierung den Hinweis darauf, daß andere Länder Polen bessere Konditionen einräumten, zum Anlaß nehmen, auf ein abgestimmtes Verhalten aller Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in der Zwischenzeit für die durch Zuflüsse giftiger Abwässer aus DDR-Gebiet in die Leine (Februar 1974) und in die Jeetzel hervorgerufenen Fischsterben die geforderte Entschädigung von 145 000 DM von der DDR erhalten (siehe meine schriftliche Anfrage — Drucksache 7/4138), und sind die Geschädigten entschädigt worden?

5. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Anfang Mai durch eine „Havarie" eines grenznahen DDR-Werks Phenol, ein stark wirkendes Fischgift, in die Oker eingedrungen ist, von dem der gesamte Fischbestand betroffen ist, und was hat sie bisher in dieser Angelegenheit unternommen?

6. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, den § 85 a des Beamtenrechtsrahmengesetzes in dem Sinn zu ändern, daß die Vorschrift nur auf die erstmalige Begründung eines Beamtenverhältnisses nach dem 31. Dezember 1965 anzuwenden ist, da die Vorschrift in der Praxis zu großen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten geführt hat?

7. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die vor kurzem im Bundesinnenministerium erfolgte Versetzung des Referenten ÖS 2 nach ÖS 1 während des Urlaubs des betreffenden Beamten und ohne dessen vorherige Unterrichtung bzw. Zustimmung erfolgte, so daß der Eindruck entstehen konnte, das Revirement werde nur dazu benutzt, um einen, insbesondere im Zusammenhang mit der Beurteilung der „Vereinigung Demokratischer Juristen" unliebsamen Beamten abzuschieben?

8. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Wie ist die Tatsache, daß das bisherige Referat des betreffenden Beamten (ÖS 2) über vier Hilfsreferenten und drei Sachbearbeiter verfügte, das neue Referat (ÖS 1) aber jetzt nur einen Hilfsreferenten und zwei Sachbearbeiter hat, mit der Erklärung des Bundesinnenministers anläßlich der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag vom 12. Mai 1976 zu vereinbaren, der Beamte sei „aufgestiegen", wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Hilfsreferenten einen wichtigen Hinweis darauf gibt, welche Bedeutung die Leitung eines Ministeriums einem Referat zubilligt?

9. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den Vorschlag aufgreifen, ein Dokumentationszentrum zur Deutschen Geschichte in Bonn einzurichten, das dazu beiträgt, dem Geschichtsunterricht in den Schulen einen höheren Stellenwert zu geben und das Geschichtsbewußtsein in der Öffentlichkeit zu stärken?

10. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung Vorhaben der Fremdenverkehrsinfrastruktur für eine Beteiligung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vorgeschlagen, und inwieweit wurde diesen Anträgen entsprochen?

11. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung die vorgeschlagenen Vorhaben für geeignet, aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mitfinanziert zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

12. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Treffen Meldungen zu, denen zufolge auf Staatssekretärsebene zwischen Bund und Ländern eine Rahmenvereinbarung ausgehandelt wurde, derzufolge Werbeeinnahmen der Rundfunk- und Fernsehanstalten auf das die Werbeblöcke umgehende Programme angerechnet werden können, und wie hoch ist die sich daraus ergebende Steuermindereinnahme?
13. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Mit welchen Überlegungen begründet die Bundesregierung eine solche Maßnahme?
14. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung politisch und rechtlich die Frage geprüft, inwieweit die während des Dritten Reichs Zwangssterilisierten Anspruch auf Entschädigung haben, zu welchem Ergebnis ist sie gekommen, und wann gedenkt sie, eine gesetzliche Regelung zu treffen?
15. Abgeordneter **Röhling** (SPD)	Welches sind die Ursachen dafür, daß sich der Personalbestand des Betriebsprüfungsdienstes beim Bundesamt für Finanzen seit 1970 bis zum jetzigen Zeitpunkt um ca. 20% vermindert hat, obwohl die Bundesregierung noch am 28. März 1974 eine Personalverstärkung im Hinblick auf die notwendige intensivere Bekämpfung von Steuerflucht und Steuermißbrauch angekündigt hat?
16. Abgeordneter **Röhling** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß qualifizierte Betriebsprüfer zu einem Wechsel von Ländersteuerverwaltungen in den Bundesdienst nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten zu bewegen sind, weil diese Betriebsprüfer in den Bundesländern bessere Aufstiegschancen haben als im Bundesdienst, und weil auch die Außendiensttätigkeit in den Bundesländern besser vergütet wird?
17. Abgeordneter **Frehsee** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, eine gesetzliche Regelung für Sturmflutschäden, wie sie Baden-Württemberg schon seit 1971 hat, bundeseinheitlich allen Versicherern und Versicherten aufzuerlegen?
18. Abgeordneter **Frehsee** (SPD)	Wie weit sind Verhandlungen über ein Gesetz, das möglicherweise eine freiwillige Versicherung im Sinne eines „Versicherungspakets für Elementargewalten" vorsehen könnte, fortgeschritten?
19. Abgeordneter **Frehsee** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß in Zukunft der Versicherungsschutz und die Hilfeleistungen zusammen den Bedarf aus der Katastrophe decken?

20. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Feststellungen der Deutschen Bundesbank aus dem April-Monatsbericht über die finanzielle Entwicklung der Gemeinden bekannt, und ist sie bereit, gemeinsam mit den Ländern dafür Sorge zu tragen, daß eine bessere Koordination von Fach- und Finanzplanung für alle Gebietskörperschaften erreicht wird?

21. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen auf die deutschen Agraralkoholproduzenten haben die in jüngster Zeit festzustellenden hohen Einfuhren von Agraralkohol zu Niedrigstpreisen aus Italien in die Bundesrepublik Deutschland, und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegen diese Einfuhren?

22. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Hat das Bundesfinanzministerium in Abstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium inzwischen sichergestellt, daß die Praxis der Wehrverwaltungen bei Zurückstellung der in Ausbildung stehenden Zollbeamten des Grenzaufsichtsdienstes vom Grundwehrdienst einheitlich gehandhabt ist, und wie sieht diese Regelung gegebenenfalls aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

23. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien findet die Aufteilung der EWG-Kontingente in der Strickstrumpfindustrie statt, und hält die Bundesregierung die sich daraus ergebenden Quoten für die einzelnen Mitgliedsländer der EWG für gerechtfertigt?

24. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts der vor allem im Zonenrandgebiet herrschenden Jugendarbeitslosigkeit und wegen des dort besonders fühlbaren Mangels an Ausbildungsplätzen bereit, den Katalog der Förderungsmaßnahmen für das Zonenrandgebiet auf die Verwendung der Zonenrandförderungsmittel für zusätzliche Anreize bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen auszudehnen, und wird sie gegebenenfalls dem Bundestag entsprechende Vorschläge vorlegen?

25. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Was ist der Bundesregierung über französische Bestrebungen bekannt, auf Teilgebieten des Exports nach Frankreich, und zwar insbesondere für die Bezeichnung der Produkte, für Angebote, Aufmachungen, Gebrauchsanweisungen, Garantiezusagen, Werbetexte, Rechnungen und Quittungen, die Verwendung der französischen Sprache und französischer Begriffe zwingend vorzuschreiben, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls

derartige französische Absichten, insbesondere in ihren Auswirkungen für mittelständische deutsche Exportfirmen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, zu einer Änderung derartiger französischer Absichten zu kommen?

26. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, und was gedenkt sie gegebenenfalls dagegen zu unternehmen, daß ein deutscher Mineralölkonzern, an dem der Bund mittelbar erheblich beteiligt ist, seit dem Jahr 1971 mit seinen Pächtern sogenannte Tankstellendienstverträge schließt, die, auch bei Öffnungszeiten von über 100 Stunden pro Woche, in vielen Fällen nicht mehr das Existenzminimum ermöglichen, weil von der Provision in Höhe von 5,4 Pf je Liter folgende Abzüge zu machen sind: für die Umsatzpacht 4% von 7,50 DM je 100 Liter-Verkauf, Versicherungen von 0,045 Pf je Liter, Kosten der ständig heraufgesetzten Warenkaution, die Löhne, Gehälter und Sozialleistungen der Mitarbeiter, Berufskleidung der Mitarbeiter, Stromverbrauch der Leuchten und Reklame, Ersatz der vorgenannten Beleuchtungskörper, das Heizöl, die Oberflächenentwässerung sowie für die Beseitigung der sonstigen Abwässer (Kanalgebühren)?

27. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Welches waren nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für den Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an den Bayerischen Elektrizitätswerken (BEW) durch die zum RWE-Konzern gehörenden Lech-Elektrizitätswerke Ag (LEW), und wie beurteilt die Bundesregierung die Zustimmung und die Auflagen des Bundeskartellamtes, von denen in Presseberichten die Rede ist?

28. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in kleinen Gemeinden oder Gemeindeteilen vor allem auf dem flachen Lande immer mehr Einzelhandelsgeschäfte aufgeben und daß damit die Versorgung ganzer Gemeinden mit dem Lebensnotwendigsten gefährdet ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um für die besonders betroffenen Mitbürger, besonders kinderreiche Familien, Rentner, ältere Menschen und Kranke, die Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten?

29. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Ausführungen des Präsidenten des Einzelhandelsgewerbes bekannt, wonach in den letzten 10 Jahren die Zahl der Einzelhandelsbetriebe um mehr als 90 000 zurückgegangen ist — der Hauptgrund ist nach Angabe des Verbandes die Ausbreitung der Großformen wie Verbrauchermärkte und Selbstbedienungswarenhäuser —, und was

gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dieser Entwicklung, die nur den Ballungszentren zugute kommt, Einhalt zu gebieten und um eine gleichmäßige Versorgung des ganzen Bundesgebietes sicherzustellen?

30. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) bekannt, die besagt, daß sich die Eigenkapitaldecke der mittelständischen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1969 in bedrohlicher Weise verringert hat (von 1969 36,9% auf 1974 26,4%) und daß die übrigen EG-Länder eine wesentlich bessere Kapitalstruktur aufweisen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der Kapitalauszehrung Einhalt zu gebieten, und ist sie bereit, durch Maßnahmen der Steuerpolitik dazu beizutragen, die daraus entstehende Krisenanfälligkeit der Unternehmen zu verringern, insbesondere durch Änderung der Abschreibungsbedingungen, da hier die größten Benachteiligungen der deutschen Unternehmen gegenüber vergleichbaren Konkurrenten bestehen (siehe Handelsblatt Nr. 76 vom Dienstag, dem 20. April 1976, Seite 2)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

31. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß sich die Zahl der arbeitslosen weiblichen Schwerbehinderten in der Bundesrepublik Deutschland von April 1975 bis April 1976 um 104% erhöht hat und die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Männer um 60% gestiegen ist, und welche Überlegungen werden in diesem Zusammenhang innerhalb der Bundesregierung angestellt?

32. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

In welcher Weise ist bei der Befriedigung der Nachfrage nach geeigneten Arbeitskräften die Zusammenarbeit bzw. der Informationsaustausch zwischen benachbarten Arbeitsämtern, insbesondere bei der gegebenen Arbeitsmarktsituation, sichergestellt?

33. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland Eigentümer von nicht bebautem und ungenutztem Land auch dann Beiträge an die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zu entrichten haben, wenn die Eigentümer weder haupt- noch nebenberuflich Landwirte sind, noch sonstwie landwirtschaftlich nutzen, aber bei Unfällen, die bei der aus Umweltgründen gebotenen Kultivierung des Landes geschehen, trotz Beitragsleistung keinen Anspruch gegen die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft geltend machen können, und wenn ja, hält die Bundesregierung eine solche Regelung für änderungsbedürftig?

34. Abgeordneter **Wendt** (SPD)

Sind Pressemeldungen zutreffend, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, den Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer zu lokkern?

35. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ursachen für relativ hohe Arbeitslosenquoten in einigen Arbeitsamtsbezirken des Landes Rheinland-Pfalz im Jahr 1975 — so z. B. in Mayen — im Vergleich zum Bundesdurchschnitt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

36. Abgeordneter **Spilker** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, nach denen der Einsatz des Alpha-Jets wesentlich geringere Lärmimissionen im Bereich der Flughäfen erwarten läßt als andere, vergleichbare, im Einsatz befindliche Maschinen der Bundeswehr, und sind bei Flugplätzen, die für eine Belegung mit Alpha-Jets vorgesehen sind, Neuberechnungen der Lärmimissionen vorgenommen worden oder ist dies in Aussicht genommen?

37. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung erklären, wie es am Sonntag, dem 16. Mai 1976, zu dem Flugzeugzusammenstoß im Landkreis Diepholz zwischen einer Phantom der Bundesluftwaffe mit einem Motorsegler des AERO-Clubs Schweinfurt kommen konnte, obwohl die Zivilflieger die für sie vorgeschriebene Höhe eingehalten hatten?

38. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, der Fischereiwirtschaft Schäden zu ersetzen, die durch Wrackteile der Bundeswehr entstehen, auch wenn die Bergung dieser Wrackteile für die Bundeswehr ohne Interesse ist?

39. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß bei einer Berichtigung der Ruhegehaltsberechnung für einen Beamten — wie im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums geschehen — allein Portokosten in Höhe von 1,50 DM anfallen, wenn es sich bei der Korrektur und der einmaligen Einbehaltung des zuviel gezahlten Gehalts um 0,01 DM handelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

40. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Wie hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den letzten fünf Jahren entwickelt, und inwieweit haben insbesondere Rentner und Familien mit Kindern zusätzlich zu ihrer Rente bzw. ihren Einkommen Sozialhilfe erhalten?

41. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Für welche vom Paul-Ehrlich-Institut begutachteten, zugelassenen und im Verkehr befindlichen Sera und Impfstoffe ist der geforderte Nachweis der Wirksamkeit durch mehrere übereinstimmende, kontrollierte klinische Versuche belegt bzw. durch wenigstens einen kontrollierten Versuch und für welche Sera und Impfstoffe dagegen auf Grund nichtkontrollierter, epidemiologischer Studien oder sonstiger ärztlicher Beobachtungen?

42. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Für welche Sera und Impfstoffe wird die Wirksamkeit auf Grund von biologischen oder biochemischen Versuchen am Menschen bzw. von tierexperimentellen Befunden ohne Verifikation am Menschen angenommen, und für welche Sera und Impfstoffe wird die Wirksamkeit auf Grund von Analogieschlüssen angenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

43. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es keine verbindlichen Grenzwerte für die Straßenverkehrslärmimission gibt und wenn ja, warum?

44. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, aus Gründen des Umweltschutzes dafür zu sorgen, daß solche Grenzwerte erstellt und eingeführt werden, und wenn ja, bis wann kann damit gerechnet werden?

45. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Ergebnisse hatten die Lärmmessungen beim Anflug des Überschallverkehrsflugzeugs Concorde am 24. April 1976 auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus für künftige An- und Abflüge dieses Flugzeugtyps ziehen?

46. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung nach ihren bisherigen Erfahrungen mit der einseitigen Ausnutzung des freien Wettbewerbs im Bereich der Binnenschiffahrt und mißbräuchlicher Dumpingpraktiken durch die Flotten des Ostblocks im freien Teil Europas zu den Überlegungen in den Niederlanden und in Belgien, die Freiheit der Schiffahrt auf dem Rhein durch ein Lizenzsystem zu ersetzen, oder sollte nicht vielmehr der existierende freie Wettbewerb unter vergleichbaren Startbedingungen notfalls durch Fernhaltung der Staatshandelsländer aufrechterhalten werden?

47. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Deutsche Bundesbahn unverantwortlich und pflichtwidrig handelt, wenn sie nichts dagegen unternimmt, daß der stillgelegte Bahnhof Groß-Zimmern mit total verwüsteten, teilweise baufälligen und von Ratten bevölkerten Gebäuden — auch als „Abenteuerspielplatz" mißbraucht — eine besondere Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt sowie wegen der Ansiedlung von Ungeziefer und der Ablagerung von Unrat gegen das Bundesseuchengesetz verstößt, und was gedenkt die Bundesregierung zur Beseitigung dieses unhaltbaren Zustandes der Verwahrlosung zu tun, nachdem die Deutsche Bundesbahn stillgelegte Bahnhofsgebäude seit Jahren ohne Pflege und Aufsicht gelassen hat?

48. Abgeordneter **Mick** (CDU/CSU)

Für welchen Zeitpunkt ist der Ausbau der Ersatz-Bundesstraße 59 im Kölner Raum, Abschnitt Stommeln bis in das Stadtgebiet Köln, geplant, und welche Daten ergeben sich hieraus für die einzelnen Planungsstadien?

49. Abgeordneter **Mick** (CDU/CSU)

Welche genaue Linienführung, welche Breite und welche Kreuzungspunkte sind nach dem jetzigen Planungsstand für die EB 59 im Bereich der Orte Pulheim—Geyen und der Kölner Stadtteile Widdersdorf, Bocklemünd, Vogelsang und Bickendorf vorgesehen, und inwieweit ist in die Planung die EB 55 einbezogen?

50. Abgeordneter **Bäuerle** (SPD)

Wann wird das leerstehende, langsam zerfallende und von der Bevölkerung als Schandfleck empfundene Bahnhofsgebäude in Groß-Zimmern, Kreis Dieburg, beseitigt, auch damit vagabundierenden Personen die Möglichkeit genommen wird, sich in diesem Gebäude aufzuhalten?

51. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Welche neuen Teilabschnitte der Bundesautobahnen werden im laufenden Jahr an welchen Terminen für den Verkehr freigegeben?

52. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wie lange sind diese Abschnitte, und welche Baukosten sind zu erwarten?

53. Abgeordneter **Dr. Lauritzen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit einigen Jahren der Mövenbergdeich bei List auf der Insel Sylt, der im Eigentum des Bundes steht, in einem derartigen Zustand ist, daß dieser Deich keinen ausreichenden Schutz mehr bietet, und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls vorgesehen, damit die dringend erforderliche Verstärkung des Mövenbergdeichs ohne Verzögerung in die Wege geleitet werden kann?

54. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der im Land Berlin gebräuchliche Schwerbeschädigtenausweis B — Drucksachen-Nr. KOV 1142 Schwerbeschädigtenausweis Zivil — neben anderen Vergünstigungen auch den Anspruch auf Fahrpreisermäßigungen im S-Bahn-Verkehr und bei Fahrten auf der Deutschen Reichsbahn gewährt, diese Vergünstigungen aber nicht bei Fahrten mit der Deutschen Bundesbahn gewährt werden, und worauf führt die Bundesregierung dies zurück?

55. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechende Maßnahmen zu treffen oder einzuleiten, um Inhabern des Schwerbeschädigtenausweises B auch Vergünstigungen bei der Fahrt mit der Deutschen Bundesbahn zu gewähren?

56. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung klare Aussagen über den endgültigen Verlauf der Trassenführung der B 404/207 zwischen Geesthacht und Schwarzenbek und den Zeitpunkt einer Verwirklichung der geplanten Baumaßnahmen zu machen?

57. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Eigentümern jener Grundstücke, die in folge der in Frage 56 genannten, langjährigen Unklarheiten über die Trassenführung nicht genutzt werden konnten, eine Nutzungsausfallentschädigung zu gewähren?

58. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

In welcher Höhe sind im Jahr 1975 Bundesmittel für den Straßenbau nach Rheinland-Pfalz gegangen, und mit welchen Zuweisungen ist hier für das Jahr 1976 zu rechnen?

59. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Entscheidung der Deutschen Bundesbahn, die Haltestelle Greene der Bundesbahnstrecke Kreiensen—Holzminden aufzuheben — auch im Hinblick auf die Anstrengungen zur Förderung des Fremdenverkehrs im Bereich der Burg Greene, des Greener Waldes und des Einbecker Forstes — für gerechtfertigt?

60. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Maßnahme der Deutschen Bundesbahn, die Gemeinde Kreiensen im Landkreis Gandersheim mit Schreiben vom 13. Mai 1976 (Posteingang erst am 21. Mai 1976) zu informieren, daß mit Wirkung vom 31. Mai 1976 der Haltepunkt Greene der Bundesbahnstrecke Kreiensen—Holzminden aufgehoben werde?

61. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmenden Scheinexporte im Schiffahrtsbereich, durch die inländische Güter über die Beneluxländer exportiert und die gleichen Güter wieder nach Norddeutschland reimportiert werden, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu ergreifen?

62. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist es möglich, daß die Fernsprechteilnehmer aus Kirchherten und Grottenherten/Erftkreis wenigstens im örtlichen Fernsprechbuch der Ausgabe Bergheim, das vom Greven's Adreßbuch-Verlag in Köln herausgegeben wird, eingetragen werden, zumal schon ein Anschluß an das Ortsnetz Bedburg aus technischen Gründen nicht zu verwirklichen ist und diese Teilnehmer und auch die Stadt Bedburg ein großes Interesse daran haben, und wenn nein, warum nicht?

63. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist das Bundespostministerium bereit, den Interessen der Fernsprechteilnehmer aus den Stadtteilen Kirchherten und Grottenherten in der Weise gerecht zu werden, daß, falls im amtlichen Fernsprechbuch sowohl unter „Titz" als auch unter „Bedburg" eine gemeinsame Eintragung nicht möglich ist, eine Eintragung im amtlichen Fernsprechbuch unter „Titz" und im örtlichen Fernsprechbuch unter „Bedburg" angestrebt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

64. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wann ist mit dem Erlaß einer Verordnung zur Änderung des Erstattungshöchstbetrags für Aufwendungen baulicher Schallschutzmaßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm zu rechnen?

65. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, denenzufolge der Bundeskanzler im Kanzleramtsneubau die Dekken- und Wandverkleidungen in einigen Räumen der Kanzleretage wieder entfernen lassen will und noch weitere Umbauarbeiten plant, wenn ja, womit begründet die Bundesregierung diese nachträglichen Maßnahmen, und welche Ausgaben entstehen dadurch?

66. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich die Ausgaben für die Anschaffung von Bildern und Plastiken für das neue Bundeskanzleramt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

67. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung der vom Generalsekretär der SED auf dem 9. Parteitag der SED erneut bezogenen Position, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

68. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird die Abwärme aus Kraftwerken bisher in der Bundesrepublik Deutschland genutzt, insbesondere im Bereich der Pflanzen- und Tierzucht?

69. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Forschungsvorhaben werden seitens der Bundesregierung gefördert, um die Abwärmenutzung im Agrarbereich zu verstärken und insbesondere auch bei neuen Kraftwerken modellhaft die Abwärmenutzung als Instrument der Nahrungsmittelproduktion zu verstärken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

70. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzutreten, daß angesichts der ärztlichen Unterversorgung ländlicher Räume eine Auflockerung des Numerus Clausus für diejenigen Bewerber zum Medizinstudium erfolgt, die sich für eine spätere Tätigkeit in ärztlich unterversorgten Gebieten verpflichten, und welche Überlegungen werden in diesem Zusammenhang innerhalb der Bundesregierung zur Überwindung des Arztmangels in bestimmten Regionen angestellt?

71. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Arztpraxen im ländlichen Raum auslaufen, weil zur Übernahme der Praxis bereite Ärzte nicht in genügender Zahl vorhanden sind und Kinder der im ländlichen Raum praktizierenden Ärzte durch den Numerus Clausus ohne Berücksichtigung der besonderen Lage ärztlich unterversorgter Räume am Arztstudium gehindert sind?

72. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Amts für Ausbildungsförderung der Universität Tübingen, wonach die Vergünstigung des § 18 a BAföG (Erlaß eines Betrages von 2000 DM bei Bestehen der Abschlußprüfung vor dem Ende der Förderungshöchstdauer) für Studenten verlorengeht, deren Prüfungstermin — ohne jedes eigene Zutun — vom Prüfungsamt auch nur einen Tag in das Semester hinein verlegt wird, mit dem die Förderungshöchstdauer abläuft, und was beabsichtigt sie bejahendenfalls zu unternehmen, um den Ungerechtigkeiten abzuhelfen, die eine solche Auslegung des Gesetzes für Studenten nach sich ziehen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

73. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Übernahme der Frachtkosten für die Lieferung von Magermilchpulver, das vom Internationalen Caritas-Verband und dem Weltkirchenrat im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe in einer Menge von 23 000 t für die Ernährung von zwei Millionen Menschen in 43 Ländern verteilt werden soll, diesen Organisationen gegenüber abgelehnt hat, und somit das Vorhaben in Frage gestellt würde und deshalb diese hochwertige Nahrung aus finanziellen und administrativen Gründen nicht zu den Menschen gebracht werden könnte, die sie dringend brauchen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegenüber den zuständigen Organen der EG zu tun, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu veranlassen, doch noch auf die Forderungen der beiden kirchlichen Hilfsorganisationen hinsichtlich der Übernahme der genannten Frachtkosten einzugehen?

Bonn, den 28. Mai 1976